

# «Junge sind motiviert»

**Wahlrecht** GLP und BDP wollen, dass schon 16-Jährige wählen und abstimmen dürfen. Ihr Anliegen wurde gestern vom Kantonsrat unterstützt – wenigstens vorläufig.

Liliane Minor

Es war Zufall und doch das ideale Timing: Gestern stand im Kantonsrat eine parlamentarische Initiative von GLP und BDP auf der Traktandenliste, die das Stimmrechtsalter im Kanton auf 16 senken will. Eingereicht wurde sie vor einem Jahr, und zwar auf Bestreben des Jugendparlaments. Angesichts der Proteste der Klimajugend ist das Thema aktueller denn je.

Für SVP, FDP, CVP und EDU war das allerdings kein Argument, um den Vorstoss zu unterstützen. Hans-Peter Brunner (FDP, Horgen) gab zwar zu, er sei beeindruckt vom Engagement der protestierenden Jugendlichen und der 16-jährigen schwedischen Klimaaktivistin Greta Thunberg, auch wenn dieses Engagement «von Erwachsenen orchestriert» sei. Dennoch: Viel dringender als eine Senkung des Stimmrechtsalters sei es, die notorisch tiefe Stimm- und Wahlbeteiligung bei den jungen Erwachsenen zu steigern: «Hier müssen wir ansetzen, mit Staatskunde, aber auch mit Erziehung. Die meisten 16-Jährigen haben Politik noch nicht im Fokus.»

Ähnlich sah es Erich Vontobel (EDU, Bubikon): «Jugendliche sollen sich noch nicht mit den Sorgen und Nöten der Erwachsenen auseinandersetzen müssen.» Gegen den Vorstoss sprach sich auch Benjamin Fischer (SVP, Volketswil) aus, und das ist bemerkenswert, politisierte der 28-jährige Präsident der Jungen SVP doch schon als 15-Jähriger. Fischer versicherte, ihm sei das politische Engagement der Jugendlichen wichtig, aber: «Es braucht ein bestimmtes Alter, um politische Verantwortung zu übernehmen. Unter 18 ist die Beeinflussbarkeit etwa durch Lehrer oder Eltern noch zu gross.»

## In Glarus funktioniert es

Skeptisch zeigte sich auch die EVP; definitiv werde sie nur Ja sagen, wenn das passive Wahlrecht ausgeschlossen bleibe, sagte Walter Meier (Uster): «Man stelle sich vor, ein 16-Jähriger wird in einen Gemeinderat gewählt und verwaltet dann ein Millionenbudget, aber privat darf



Engagiert: Jugendliche am internationalen Klimastreiktag in Zürich. Foto: Urs Jaudas

er noch nicht einmal seinen eigenen Lehrvertrag unterzeichnen.»

Das sei ein ziemlich unrealistisches Szenario, konstatierte Sonja Gehrig (GLP, Urdorf), aus deren Feder der Vorstoss stammt: «Sollte tatsächlich mal ein Minderjähriger in einen Gemeinderat gewählt werden, so wäre dieser Entscheid zu respektieren, und dann fände sich auch eine Lösung.» Gehrig verwies auf den Kanton Glarus sowie auf Österreich und Malta, wo man das Stimmrechtsalter 16 bereits kennt. Dasselbe gilt für die Landeskirchen im Kanton Zürich. Das funktioniere gut, so Gehrig. Dennoch sieht ihre Initiative eine Einschränkung vor: Die Jugendlichen sollen das Stimm- und Wahlrecht nur auf Verlangen erhalten.

Diese Einschränkung stiess auf der linken Ratsseite auf wenig Verständnis; SP, AL und Grüne sprachen sich dafür aus, das Stimmrecht automatisch zu er-

teilen. «Erwachsene erhalten die Abstimmungsunterlagen immer, und es ist ihre persönliche Freiheit, ob sie ihr Recht wahrnehmen oder nicht», sagte Silvia Rigoni (Grüne, Zürich). «Es ist nicht einzusehen, warum das bei Jugendlichen anders sein soll.» Hannah Pfalzgraf (SP, Mettmenstetten) appellierte an ihre Ratskolleginnen und -kollegen, die Forderungen engagierterer Jugendlichen ernst zu nehmen: «Es ist ätzend, die eigene Zukunft in die Hände von Leuten legen zu müssen, die mit ihren Entscheidungen nicht mehr allzu lang leben müssen. Die Jugendlichen sind motiviert, eine Zukunft zu schaffen, in der sie gern leben.»

## «16-Jährige sind heute reif»

Marcel Lenggenhager (BDP, Gossau), Mitunterzeichner der Initiative, zeigte sich bereit, diese im Sinne der Ratslinken anzupassen. An die Adresse der Gegner gerichtet, sagte er, es gehe

nicht in erster Linie darum, die Stimmbeteiligung zu erhöhen oder das politische Engagement der Jungen zu stärken: «Das wäre eher ein willkommener Nebeneffekt.» Es sei davon auszugehen, dass die Teenager sehr selektiv über Themen abstimmen würden, die sie betreffen: «Genau davon wollen die Gegner sie fernhalten. Und das ist nicht richtig.» Heutige 16-Jährige seien reifer, «als wir es waren».

Schliesslich sprachen sich 77 Kantonsräte vorläufig für die parlamentarische Initiative aus. Das ist zwar keine Mehrheit im 180-köpfigen Parlament, aber es sind genug Stimmen, dass sich eine Kommission mit dem Vorschlag auseinandersetzen, diesen allenfalls anpassen und eine Empfehlung für die Schlussabstimmung ausarbeiten muss. Bis es so weit ist, wird längst der neu gewählte Kantonsrat am Werk sein. Möglich, dass die Mehrheiten dann anders sind.

Gesehen & gehört

## Heisse Wetten und Alkoholentzug

**Wahlkampf** Manchmal offenbaren sich überraschende Connections.

Im Wahlkampf geht es um Politik. Aber in diesen langen Ausnahmepetitionen menschelt es unter den Kandidierenden – und es kommen überraschende Verbindungen ans Tageslicht. So sind sich die SVP und die AL näher als erwartet. Zumindest deren beide Kandidaten für die Regierung. **Walter Angst** hat **Ernst Stocker** konfirmiert und verheiratet. Walter Angst senior notabene, der reformierter Pfarrer von Wädenswil und Vater von AL-Politiker Walter Angst (junior) war. Vermutlich hat er klein Ernst auch getauft – «aber daran kann ich mich nicht erinnern», sagt Stocker augenzwinkernd. Walter junior, wegen seiner Herkunft (und nicht wegen der Bierbrauerei) in Zürich Wädi genannt, hat auch schon für Stocker gekocht. Denn es war Usus, dass die Kinder des Pfarrers im Konf-Lager aushalfen. Die Wädi-Connection blieb. Auf die Frage, mit welchem Kandidierenden er am liebsten Ski fahren gehen würde, antwortet Angst sofort «mit Ernst». Dessen Hof am Wädenswiler Berg ist Angst sehr wohl bekannt, war die Umgebung doch sein Lieblings-Naherholungsgebiet. Dass deswegen eine Kuh auf Stockers Hof «Joint» getauft wurde, ist aber eine Mär. Joint habe die Kuh geheissen, weil man einen Namen mit J gebraucht habe, sagt Stocker. Ob das Rindvieh nun das Gras rauchte oder doch kaute, ist nicht überliefert.

Dass Stocker keine Berührungsgänge mit politischen Gegnern kennt, durfte auch **Martin Neukom** erfahren. Als sich der Grüne differenziert zur Flugticketabgabe äusserte, erteilte er Lob vom Finanzdirektor: «Sie sind ja ganz vernünftig.» Weniger schöne Kommentare gab es auf Social Media, weil sich Neukom als Nicht-Veganer outete. Immerhin gab es eine Einladung zu einem veganen Schnitzel. GLP-Kandidat **Jörg Mäder** polarisiert weniger. Die härteste Anfeindung im wochenlangen Wahlkampf lautete: «Sie wähle ich sicher nicht!»

Ernst Stocker offenbarte weitere Connections. So begegnete er am vergangenen Samstag einem ehemaligen Untergebenen, und das ging so: Der Partner von CVP-Kollegin **Silvia Steiner** macht Brandschutzschulungen und testete die Feuerfestigkeit der Regierungskandidaten. Steiner, Stocker und das FDP-Duo **Carmen Walker Späh** und **Thomas Vogel** mussten unter Beweis stellen, dass sie mit Feuerlöschern umgehen können. Stocker, mit Armeevergangenheit als Feldweibel und Dienstkamerad des Brandschutzspezialisten, übernahm das Kommando, worauf das Quartett zeigte, dass es in der Lage ist, brandgefährliche Situationen bestens zu bewältigen.

Manchmal rennen die Kandidaten auch wie die Feuerwehr und löschen ihren Durst ohne das am Anfang genannte Wädi-Bräu. So läuft **Mario Fehr** derzeit fast täglich auf die Felsenegg ob Adliswil und bleibt seit Jahresbeginn alkoholfrei. Der Sozialdemokrat wird seine Ausdauer vielleicht bald gut brauchen können. Er hat eine Wette laufen. FDP-Kantonsrat **Martin Farner** hat Fehr eröffnet, dass dieser in der fusionierten Gemeinde Stammheim das beste Resultat der Regierungskandidierenden machen könnte, worauf Fehr sagte: «Dann laufe ich von Adliswil nach Stammheim.» Den umgekehrten Weg will Farner laufen, wenn er in Stammheim mehr Stimmen erzielt als Lokalrivale **Konrad Langhart**, immerhin SVP-Präsident. Die Wette gilt. Laut Google sind es 50 Kilometer, die in 10 Stunden zu bewältigen sein sollten.

Je nach Sichtweise Wettbewerbsgeist oder Galgenhumor beweist **Lorenz Schmid**. Da sein Parlamentssitz als CVPLer im SVP/FDP-dominierten Bezirk Meilen wackelt, schaltete er ein Weckinsurat: «Voll im Schuss und abgewählt?» steht darin. Und: «Nein!»

Pascal Unternährer

## Nachrichten

### Biogas nutzen statt Gebäude dämmen

**Klimaschutz** Mit 92 Stimmen hat der Kantonsrat gestern eine parlamentarische Initiative (PI) der CVP vorläufig unterstützt, die verlangt, dass Hauseigentümer die kantonalen Energievorschriften auch erfüllen können, indem sie Bio- statt Erdgas beziehen. Für den Vorstoss sprachen sich SVP, FDP, CVP und EDU aus, während die Ratslinke Nein sagte. Nun zeige sich, wer wahrhaft das Klima schütze, fand die FDP hämisch: die PI sei der einzige Klimaschutzvorstoss, den der Rat überweise. Grüne, GLP, SP und EVP konterten, die PI setze am falschen Ort an: Sie fördere statt der energetischen Sanierung von Gebäuden die Verschwendung von Biogas. Im Übrigen sei ein fast identischer Vorstoss vor

einem Jahr spektakulär gescheitert. Zu Beginn der Sitzung hatte die GLP beantragt, die Behandlung klimarelevanter Vorstösse vorzuziehen. Die FDP hatte sich noch letzte Woche dafür ausgesprochen, gestern sagte sie jedoch Nein – weil es die PI sonst nicht auf die Traktandenliste geschafft hätte. (leu)

### Keine Chance für eine Frauenquote

**Wahllisten** In einer parlamentarischen Initiative forderte die SP eine ausgewogenere Verteilung der Geschlechter auf den Wahllisten. Kein Geschlecht dürfte demnach mehr als 55 Prozent der Listenplätze belegen. Die SP argumentierte unter anderem mit dem Kantonsrat selbst, wo nur knapp ein Drittel der Sitze von Frauen belegt sind. Doch das An-

liegen wurde nicht einmal von den Grünen uneingeschränkt unterstützt und bekam nur 49 Stimmen. Die geforderte Quote sei zu starr und greife in die Freiheit der Listenbildung ein, fanden die anderen Parteien. (leu)

### Kantonsrat übt Kritik am Regierungsrat

**Bilanz** Das Parlament hat den Jahresbericht der Geschäftsprüfungskommission zum Anlass für Kritik an der Regierung genommen. Nach wie vor arbeiteten die Direktionen etwa beim Immobilienmanagement und bei der Informatik zu wenig zusammen, kritisierten die Kommissionsmitglieder. Auch schätzten einzelne Regierungsräte die Oberaufsicht des Kantonsrats nicht. Das müsse die neu gewählte Regierung ändern. (leu)

ANZEIGE

Das bedeutet der EU-Rahmenvertrag für uns:

## Zürcher Kantonalbank wird zerstört!

Unsere Zürcher Kantonalbank wurde vom Kanton gegründet, damit Gewerbe, Gemeinden und der Mittelstand eine Bank haben, die ihre Aktivitäten unterstützt. Das geplante EU-Rahmenabkommen führt zum Verbot von Banken mit Staatsgarantie. Die Folgen:

- Die ZKB würde zerschlagen! Mittelstand, Gewerbe und Gemeinden verlieren einen verlässlichen, unverzichtbaren Partner!
- Kanton und Gemeinden erhalten nicht mehr Jahr für Jahr Hunderte von Millionen Gewinnausschüttungen der ZKB!

Wer das nicht will, wählt SVP  
Die einzige Partei gegen eine EU-Anbindung

Und in den Regierungsrat **Natalie Rickli** und **Ernst Stocker**

Mit einer Spende auf PC 80-35741-3 unterstützen Sie den Wahlkampf der SVP. Herzlichen Dank für Ihre tatkräftige Unterstützung. SVP, Lagerstr.14, 8600 Dübendorf.

